



Briefing zur Kohle-Finanzrecherche für Deutschland, 25.02.2021

Banks Against Future: Deutsche Banken / Investoren und die Kohleindustrie

Der im Oktober 2018 veröffentlichte IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C und den Unterschied zu einer Erwärmung um 2°C bestätigte erneut die dringend nötige Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5°C. Schon die Erwärmung um 1,5°C intensiviert die bisherigen Auswirkungen der Klimakatastrophe wie Waldbrände, das große Schmelzen der Eisflächen, die Dürren, das Artensterben, die Korallenbleiche etc. erheblich. Bei 2°C wird all das noch viel schlimmer und Wissenschaftler*innen warnen vor den sogenannten Kippunkten, die plötzlich die Klimakatastrophe in einem hohen Maß befeuern.

Doch noch immer tun sich Politik und Wirtschaft schwer, aus den Alarmrufen der Wissenschaftler*innen Konsequenzen zu ziehen. Besonders deutlich wird dies bei der Energiegewinnung durch Kohle. Diese besonders CO₂-intensive Form der Stromproduktion ist für ein Drittel der bisherigen Erderwärmung durch den Menschen verantwortlich¹. Der Pfad, den das Pariser Klimaabkommen für die Kohle zeichnet, ist eindeutig: Bis 2030 müssen Industrieländer aus der Stromerzeugung durch Kohle aussteigen, heißt es aus wissenschaftlichen Kreisen². Weltweit, darf kein einziges neues Kohlekraftwerk mehr gebaut werden, wie auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres³ seit 2015 fordert. Bis 2030 muss, nach dem IPCC Report 2018, die Energiegewinnung aus Kohle weltweit um 78 % reduziert werden.

Konsequent weitergedacht bedeutet dies für Investoren und Banken, dass sie, um das Pariser Klimaziel zu erreichen, Unternehmen, die weiter auf die Kohle setzen, von jeglicher Finanzierung und Beteiligung ausschließen müssen.

Auf der von urgewald gepflegten Datenbank „Global Coal Exit List“ sind Kohleunternehmen gelistet, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen:

1. Unternehmen, die den Ausbau der Kohle vorantreiben
2. Unternehmen, deren Geschäftsmodell noch zu sehr auf Kohle basiert (deren Kohleanteil am Umsatz oder der Stromproduktion mehr als 20 % ausmacht)
3. Unternehmen, deren momentane Kraftwerkskapazitäten und Kohleabbauumengen nicht mit dem Pariser Klimaziel vereinbar sind (mehr als 10 Millionen Tonnen Kohleabbau im Jahr, mehr als 5 GW Kohlekraftwerkskapazitäten).

¹ IEA Global Energy & CO₂ Status Report 2018

² Climate Analytics, <https://science.sciencemag.org/content/355/6331/1269.full>

³ <https://www.zeit.de/news/2019-11/03/un-generalsekretaer-fordert-weltweiten-kohleausstieg>

Finanzrecherche im Überblick

In einer großen Recherche hat Urgewald im Februar 2021 offengelegt, welche Banken und Investoren Geld für diese Unternehmen bereitstellen. Untersucht wurden die Finanzbeziehungen von den 935 Firmen der Global Coal Exit List (GCEL) 2020. Das Ergebnis ist erschreckend: Für die Kohleindustrie ist der Geldhahn weiterhin weit geöffnet. Seit 2016 sind Finanzhilfen von Banken in Form von Krediten oder der Ausgabe von Aktien und Anleihen sogar von Jahr zu Jahr leicht angestiegen, von 491 Mrd. US-Dollar in 2016 auf 543 Mrd. US-Dollar in 2019. Allein in den letzten 2 Jahren (Okt. 2018 – Okt. 2020) haben 665 internationale Banken insgesamt 1.124 Mrd. US-Dollar an die Kohleindustrie vergeben. 4.488 internationale Investoren waren im Januar 2021 über Aktien und Anleihen mit 1.031 Mrd. US-Dollar in GCEL-Firmen investiert. Weitere Informationen: coalexit.org/finance-data

Deutsche Banken

Die Commerzbank ist die größte deutsche Kreditgeberin der globalen Kohleindustrie. Mit Krediten in Höhe von 5,1 Mrd. US-Dollar (4,2 Mrd. Euro⁴) für den Zeitraum Oktober 2018 bis Oktober 2020, schafft sie es sogar als einzige deutsche Bank unter die größten 30 Kreditgeber weltweit und liegt international auf Platz 13. An zweiter Stelle in Deutschland steht die Deutsche Bank mit Krediten in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar (2,4 Mrd. Euro). Bei der Ausgabe von neuen Aktien und Anleihen an die globale Kohleindustrie dreht sich die Reihenfolge um und die Deutsche Bank liegt mit 4,8 Mrd. US-Dollar (3,9 Mrd. Euro) an erster Stelle, gefolgt von der Commerzbank mit 1,6 Mrd. US-Dollar (1,3 Mrd. Euro).

Betrachtet man die Finanzierungen insgesamt, also Kredite und die Ausgabe von Aktien und Anleihen, liegt die Deutsche Bank aus nationaler Sicht vorne mit 7,7 Mrd. US-Dollar (6,4 Mrd. Euro), dicht gefolgt von der Commerzbank mit 6,6 Mrd. US-Dollar (5,5 Mrd. Euro). Mit großem Abstand folgen die DZ Bank mit 1,1 Mrd. US-Dollar (0,9 Mrd. Euro), die LBBW mit 0,7 Mrd. US-Dollar (0,6 Mrd. Euro), die Helaba mit 0,6 Mrd. US-Dollar (0,5 Mrd. Euro) und die BayernLB mit 0,4 Mrd. US-Dollar (0,3 Mrd. Euro). Zusammengenommen kommen die drei Landesbanken der Sparkassen-Gruppe in der Recherche auf Finanzierungen von 1,7 Mrd. US-Dollar (1,4 Mrd. Euro) an die Kohleindustrie.

Top-Geldgeber für Kohlebergbaukonzerne

Sowohl die Commerzbank als auch die Deutsche Bank sind die größten Finanzierer zweier großer Kohlebergbauunternehmen. Die Commerzbank steht mit Finanzierungen in Höhe von 2,7 Mrd. US-Dollar (2,3 Mrd. Euro) auf Platz eins der internationalen Geldgeber für das Bergbauunternehmen Anglo American. Anglo American ist der größte Kohleproduzent mit Sitz in Europa. Die Minen befinden sich in Südafrika, Kolumbien

⁴ Mit der Euro Exchange Rate vom 22.02.21 umgerechnet <https://exchangerate-euro.com/>



und Australien, wo jährlich insgesamt rund 37,8 Millionen Tonnen Kohle abgebaut werden.

Die Deutsche Bank steht mit Krediten und Investmentbanking-Geschäften in Höhe von 1,1 Mrd. US-Dollar (0,9 Mrd. Euro)⁵ an erster Stelle der internationalen Finanzierer des Bergbaugiganten Glencore. Das Schweizer Unternehmen gehört zu den größten Kohleproduzenten weltweit. In Minen in Australien, Kolumbien und Südafrika baut das Unternehmen jährlich rund 123,9 Millionen Tonnen Kohle ab. Auch die Commerzbank, die DZ Bank und die LBBW gehören zu den deutschen Geldgebern des Kohlebergbaugiganten.

Größter deutscher Finanzierer von RWE ist die Sparkassen-Gruppe. Zusammengerechnet kommen die Landesbanken der Sparkassen-Gruppe auf 627 Mio. US-Dollar (517 Mio. Euro) in Form von Krediten an RWE. Im internationalen Vergleich stehen Sie damit auf Platz vier der größten Geldgeber für Europas größten Klimakiller.

Effektive Banken-Richtlinien gegen die Kohle fehlen

Im europäischen Vergleich tun sich ausgerechnet deutsche Banken sehr schwer damit, durch effektive Richtlinien der Kohle Grenzen zu setzen. Die Vorreiter-Banken befinden sich eher in den Nachbarländern Italien, Frankreich und den Niederlanden, darunter die italienische UniCredit, die bis 2028 aus der Kohleindustrie aussteigt und bereits jetzt strenge Ausschlusskriterien anwendet.

Ausgerechnet die dem Gemeinwohl verpflichteten deutschen Landesbanken haben keine Richtlinien eingeführt, die Kohleunternehmen effektiv ausschließen. Auch bei der genossenschaftlichen Zentralbank DZ Bank fehlen Richtlinien. Sowohl Deutsche Bank als auch Commerzbank sind da schon weiter und haben Einschränkungen für Unternehmen formuliert. Für die Deutsche Bank heißt es in einer neuen Richtlinie von Juli 2020, dass Kohlebergbauunternehmen ab 50 % Kohleanteil bis 2025 aussortiert werden sollen. Bei Energieversorgern ab 50 % Kohleanteil will die Bank zunächst die Transformationspläne studieren und danach entscheiden, welche Kunden sie aussortiert. Die Commerzbank schließt Energieunternehmen aus, wenn diese mehr als 30 % Kohle im Energiemix haben. Der große Haken daran ist, dass die Richtlinie bisher nur für Neukunden und erst ab Ende 2021 für alle deutschen Kunden gilt. Bei Kunden außerhalb Deutschlands gilt sogar nur ein Schwellenwert von 50 %.

Das sind erste Schritte, doch die oben genannten Zahlen zeigen, dass noch viel zu viel an Kohlefinanzierung möglich ist. Die Zeit drängt: Um das im Pariser Klimaabkommen versprochene Ziel einhalten zu können die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, müssen die Banken der Kohle sehr schnell und drastisch ein Ende setzen. Ist es ihnen ernst, müssen sie ihre Schwellenwerte, ab denen Kohlefirmen aussortiert werden, stark heruntersetzen. Zudem sollten sie neben solchen, relativen, auch absolute Kriterien

⁵ Mit der Euro Exchange Rate vom 23.02.21 umgerechnet <https://exchangerate-euro.com/>, alle weiteren Umrechnungen in diesem Dokument mit Stand 22.02.21



zum Ausschluss von Kohlefirmen einführen, etwa maximale Kohleabbauengen oder Kraftwerkskapazitäten, die nicht überschritten werden dürfen. Unternehmen, die jetzt noch neue Kohlekraftwerke und -minen sowie sonstige neue Kohleinfrastruktur bauen wollen, sollten sie sofort aus ihrem Kundenkreis streichen.

Deutsche Kohle-Investoren

Spitzenreiter unter den deutschen Investoren bleibt die Allianz. Im Unterschied zum französischen Konkurrenten AXA gilt der Kohleausschluss des deutschen Versicherungs- und Finanzkonzerns nicht bei seinen Anlagen für Dritte: Die Allianz-Töchter Pimco und Allianz Global Investors mit Gesamtinvestitionen in Höhe von 7,2 Mrd. US-Dollar (5,9 Mrd. Euro) bringen die Allianz als Gesamtgruppe auf Platz 20 der internationalen Investoren der Kohleindustrie. AXA, früher auch auf den vorderen Plätzen vertreten, ist jetzt auf Rang 242 zu finden.

Weitere deutsche Investoren sind die DWS mit Investitionen in Höhe von 4,5 Mrd. US-Dollar (3,7 Mrd. Euro), die Deka Investment mit Anlagen in Höhe von 1,9 Mrd. US-Dollar (1,6 Mrd. Euro) und die Union Investment mit 0,9 Mrd. US-Dollar (0,7 Mrd. Euro).⁶

Während Pimco und Allianz Global Investors noch keine festen Ausschlusskriterien für Kohleunternehmen haben, hat die DWS zumindest harte Kriterien für ihre Nachhaltigkeitsfonds eingeführt. Die Ausweitung der nachhaltigen Investitionen hat nach eigenen Angaben zur Reduzierung der Kohlebestände geführt. Im Gegensatz dazu haben Deka Investment und Union Investment seit April 2020 Kohle-Einschränkungen für sämtliche Publikumsfonds eingeführt.

So investiert die Deka Investment bei ihren Publikumsfonds nicht mehr in Unternehmen, „die ihren Umsatz zu mehr als 30 % durch Kohleförderung oder zu mehr als 40 % aus der Kohleverstromung erwirtschaften.“ Die Regelung hat nach eigenen Angaben zu einer Reduzierung der Kohlebestände geführt. Da die Finanz-Datenbanken teilweise sehr zeitverzögert Neuerungen widerspiegeln, konnten diese noch nicht von der neuen urgewald-Finanzrecherche erfasst werden. Zusätzlich kommen die hohen Werte durch Spezialfonds und ETFs zu Stande, die nicht von den Kohle-Einschränkungen betroffen sind. Auch lassen die noch sehr hohen relativen Schwellenwerte bei Deka Investment, das Fehlen absoluter Kriterien zum Ausschluss von Kohle und das Fehlen eines Ausschlusses von Unternehmen, die ihr Kohlegeschäft noch ausbauen wollen, weitere Investitionen in die Kohleindustrie zu.

Weitreichender sind die Ausschlusskriterien der Union Investment. Diese schließen Kohlebergbauunternehmen ab einem Umsatz von 5 % aus, zudem Energieunternehmen, wenn Kohle dort mehr als 25 %⁷ am Energiemix ausmacht und sie keine glaubwürdige Klimastrategie vorweisen. Im Herbst wurden einige Firmen, die

⁶ Alle drei Institute haben angegeben, dass einige der von uns angekreideten Vermögenswerte abgestoßen wurden, seit urgewald die Finanzdatenbanken abgerufen hat.

⁷ Schwellenwerte werden kontinuierlich auf 0% bis 2035 reduziert.



den oben genannten Kriterien widersprechen, von Union Investment veräußert. Dies spiegelt sich noch nicht in der vorliegenden Finanzrecherche wider.

Der Elefant im Raum: RWE

Trotz ihrer Kohle-Beschränkungen halten auch Deka Investment und Union Investment an RWE fest. Der Kohleanteil am Energiemix liegt bei RWE bei 41 %. Jährlich baut das Unternehmen rund 64 Millionen Tonnen Kohle ab und zerstört dafür nach wie vor Dörfer und Wälder. Noch zuletzt hat RWE deutlichgemacht, was der Konzern von Einschränkungen für hält: Im Februar 2021 reichte RWE Klage im Rahmen des Energy Charter Treaty gegen die Niederlande ein, weil diese beschlossen haben 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Spätestens hier zeigt sich, dass ein Engagement von Investoren für einen Abschied von Kohle bei diesem Unternehmen nicht fruchtet. Solange RWE seine Klage aufrechterhält, sinnlos Dörfer im Rheinland zerstört und sich nicht zu einem Kohleausstieg bis 2030 bekennt, dürfen Investoren mit diesem Unternehmen keine Geschäfte machen.